

Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Petrovic, Vladyka, Mag. Fasan und Dr. Krismer-Huber

zum Verhandlungsgegenstand Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2008, Ltg.-887/V-5-2007 – Gruppe 7

betreffend **Bleiberecht für Menschen, die bereits integriert sind**

Begründung:

Auf Grund der bestehenden ausländerbeschäftigungs-, fremden- und asylgesetzlichen Regelungen in Österreich und der äußerst langen Asylverfahren in Österreich gibt es immer mehr Personen, die sich während dieser Zeit in die österreichische Gesellschaft integriert haben – sei es durch den Schulbesuch der Kinder, durch die Integration in die Arbeitswelt, durch die Aneignung der deutschen Sprache oder auch durch das Einbringen und Einfügen in die örtliche Gemeinschaft. Trotzdem droht ihnen die Abschiebung, wenn das Asylverfahren mit einem negativen Ergebnis beendet wird oder fremdengesetzliche Härten greifen. Auch das Instrument des humanitären Aufenthalts konnte diese Fälle nicht auf befriedigende Art und Weise lösen. Gerade auf Grund der demographischen Entwicklung beklagen bereits etliche Branchen die Arbeitsmarktsituation. Diese Entwicklung wird sich künftig weiter verstärken. Daher soll für bereits integrierte Personen und Familien mit langjährigem Aufenthalt eine Möglichkeit zum Verbleib in Österreich eröffnet werden.

Auf Grund der unzumutbaren Härten der fremdengesetzlichen Regelungen haben bereits andere Landtage entsprechende Resolutionen beschlossen.

Die Gefertigten stellen daher gem. § 60 LGO folgenden

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

- an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, für bereits integrierte Personen, die von einer Abschiebung aus Österreich bedroht sind, eine rechtliche Möglichkeit zum Verbleib in Österreich zu schaffen.“